

Auf dem Holzweg

Öffentliche Daseinsvorsorge kann nicht ohne negative Folgen auf Profit getrimmt werden, wie das Beispiel Deutsche Bahn zeigt.

Privatisierung. Über Jahre hat die Deutsche Bahn AG Personal abgebaut, um Kosten zu senken. Am Ende reichen Urlaub und Krankheit weniger Beschäftigter aus, um den Bahnhof einer Landeshauptstadt lahmzulegen. Der Vorstand der Deutschen Bahn scheint das Problem nun ernst zu nehmen. Auf Druck der EVG soll die Personalplanung bei der Bahn gemeinsam mit der Belegschaft und den Betriebsräten überprüft werden. „Unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort wissen am besten, warum es brennt und können tragfähige Lösungen aufzeigen“, so der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. DGB-Mobilitätsexpertin Marion Jungbluth unterstreicht, welche gesellschaftliche Bedeutung die Deutsche Bahn hat: „Öffentliche Verkehrsmittel müs-

sen funktionieren, ansonsten können sie nicht eine tragende Säule in der Verkehrswende sein.“

Aber nicht nur bei der Bahn gilt: Die negativen Folgen einer profitorientierten Schrumpfkur von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge tragen vor allem die Beschäftigten und die VerbraucherInnen. Das zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte. ArbeitnehmerInnen aus beiden Sparten bestätigen, dass Beschäftigungsniveau und Einkommen oft gesunken sind, die Tarifbindung zurückgegangen ist. Auch von guter Arbeit kann nicht überall mehr die Rede sein.

Die Gewerkschaften stehen deshalb Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen weiterhin kritisch gegenüber. So wirbt ver.di mit der Kampagne „Öffentlich ist wesentlich“ für einen aktiven Staat. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärt: „Die Probleme der Bahn zeigen, dass der Weg der Privatisierung falsch ist – nicht nur bei der Bahn. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht kurzfristigen Renditezielen unterworfen werden, sondern muss personell und finanziell so ausgestattet sein, dass qualitativ hochwertige und verlässliche Dienstleistungen für die Bevölkerung gewährleistet sind.“

Ziel von DGB und Gewerkschaften ist es, die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen zu stärken, damit es auch künftig öffentliche Daseinsvorsorge und eine leistungsfähige Infrastruktur gibt. Wachsamkeit ist angesagt. Die FDP kündigt in ihrem „Bürgerprogramm“ zur Bundestagswahl an: „Unser Ziel ist es, die Staatsquote weiter zu senken. Dazu dient das Gebot, Projekte auf Möglichkeiten der Privatisierung zu prüfen.“ •

| www.dgb.de/btw2013

Negative Folgen

Folgen von Privatisierung und Liberalisierung am Telekommunikations- und Elektrizitätsmarkt ...

... aus Sicht der Beschäftigten	Telekommunikationsmarkt	Elektrizitätsmarkt
Beschäftigungsniveau und Tarifverträge	↓	↓
Gute Arbeit und Einkommen	↓	↓
... aus Sicht der Verbraucher		
Marktzugang und Wettbewerb	↑	↓
Preise	↑	↓
Dienstleistungs- und Servicequalität/Informationen	↓	↓

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung / Institut für Verbraucherpolitik 2012

© DGB einblick 14/13

Für Beschäftigte hat die Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte vor allem negative Folgen.

• INHALT

- 2 **Kinderbetreuung**
Quantität braucht Qualität
- 3 **Vermögenssteuer**
Kein Teufelswerk
- 5 **Tariftreugesetze**
Marktmacht Bundesland
- 6 **Landtagswahlen**
DGB-Bezirke für Politikwechsel
- 7 **Wirtschaftswachstum**
Deutschland ein Wundermärchen

In eigener Sache

Die Redaktion des einblick und der Herausgeber DGB waren sich einig: Nach 15 Jahren oder 347 Ausgaben hat der einblick ein Facelifting verdient. Deshalb haben wir in diesem Jahr die Sommerpause genutzt, um aufzuräumen und mehr Farbe ins Blatt zu bringen. Das Ergebnis der Schönheitskur liegt nun vor Ihnen und euch. Wir sind gespannt, wie es unseren Leserinnen und Lesern gefällt, und freuen uns über jedes Feedback. Am besten per Mail an: redaktion@einblick.info

• PLUS/MINUS

+ Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundestagsvizepräsident **Wolfgang Thierse**, der nicht mehr zur Wahl antritt, wünscht sich vom neu gewählten Bundestag „interessantere Parlamentsdebatten“.

- „Durch einen Preisdeckel wird keine einzige neue Wohnung geschaffen“, begründet der liberale Bundeswirtschaftsminister und FDP-Vorsitzende **Philipp Rösler** das strikte Nein seiner Partei zur Mietpreisbremse.

Beilage

DGB-Wahl-Info:
Wählen gehen für einen Politikwechsel!

Quantität braucht Qualität

Kinderbetreuung. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kleinkinder ist am 1. August in Kraft getreten, aber noch fehlen bundesweit rund 100 000 Plätze. Der DGB befürchtet, dass diese nun aus dem Boden gestampft werden – auf Kosten der Qualität. Bundesweite Standards fordert DGB-Vorstandsmitglied Elke Hannack: „Wir brauchen eine verlässliche Qualität in der frühkindlichen Bildung.“ Bislang gebe es noch einen „föderalen Flickenteppich“. Der DGB mutmaßt, dass es in vielen Kommunen künftig Angebote geben wird, die zulasten der frühkindlichen Bildung gehen. Größere Gruppen, schlechte Arbeitsbedingungen und eine unzureichende Ausbildung der ErzieherInnen könnten die Folgen sein. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) legte Anfang August eine Broschüre vor,

die den Fachkräftebedarf in der Kleinkinderbetreuung beziffert. Die vorsichtige Schätzung des BA-Vorstandsmitglieds Heinrich Alt: Bis 2016 werde es einen zusätzlichen Bedarf von rund 20 000 Fachkräften geben.

Die Jobcenter, heißt es bei der BA, würden bereits versuchen, Arbeitslose für eine Umschulung zu ErzieherInnen zu motivieren. Allerdings würden dafür „zertifizierte Schulungsangebote, entsprechende Ausbildungskapazitäten und die Ko-Finanzierung durch die Länder“ benötigt. Auch der DGB betont, dass gute Standards Geld kosten. Mittel wären da: „Die zwei Milliarden Euro für das Betreuungsgeld müssen in die Qualität der Kitas investiert werden“, fordert Elke Hannack. ●

| www.dgb.de/INXe | bit.ly/BAErzieher

Vorbild Schweiz

Managergehälter. Die Schweizer Dienstleistungsgewerkschaft Unia plakatiert derzeit Zahlen: „1:12“ – illustriert mit einem Turm aus zwölf Burgern. Dabei geht es nicht um Ernährung, sondern um die Deckelung von Managergehältern. Das Zwölfwache des geringsten Einkommens in einem Betrieb sollte auch der Spitze reichen, findet die Gewerkschaft. Mit dieser Forderung steht sie nicht allein. Voraussichtlich im November werden die Schweizer darüber abstimmen, ob die Forderung Gesetz werden soll. Die Unia hat einen Trost für die möglichen Betroffenen bereit: Wenn der von ihr geforderte Monatsmindestlohn von 4000 Franken ebenfalls Gesetz würde, hätten auch die Firmenlenker mehr in der Tasche. Im Rahmen der Kampagne melden sich auch Beschäftigte zu Wort. So stellt ein Fahrer der UBS Investmentbank fest: „Für mein Gehalt muss der CEO lächerliche 26 Minuten arbeiten.“ ●

| www.unia.ch



„Mit Mindestlohn fährt Deutschland besser“ – verkünden bis zur Bundestagswahl etliche Taxen in Berlin. „Ohne Umwege zum Mindestlohn“ sei auch die DGB-Forderung an die nächste Bundesregierung, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, „und zwar mindestens 8,50 Euro, gesetzlich verankert und flächendeckend“.

Foto: DGB/Marco Urban

Manager-Votum

Mindestlohn. Nach einer Forsa-Umfrage sprechen sich 57 Prozent der Manager für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,88 Euro pro Stunde aus. Das Meinungsforschungsinstitut befragte im Auftrag des Handelsblatt 700 Führungskräfte deutscher Unternehmen. Die größte Zustimmung – 60 Prozent – kam von den Chefs mittelgroßer Betriebe, mit 500 bis 5000 Beschäftigten. Noch beliebter ist die Mindestlohn-Regelung in der Dienstleistungsbranche: Hier lag die Zustimmung bei 61 Prozent. Das bei Gegnern beliebte Argument, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze koste, bestätigten die Manager nicht. Nur sieben Prozent gaben an, dass die Einführung in ihrem Unternehmen zu Arbeitsplatzabbau führen könnte. Ein weiteres Ergebnis der Umfrage: 59 Prozent der Führungskräfte registrieren ein zunehmendes soziales Gefälle. Zudem räumten sie ein, dass sich die Aufstiegschancen für junge Menschen aus sozial schwachen Familien verschlechtert haben. ●

Endspurt Wasserinitiative

Die europäische Bürgerinitiative gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung ist mit derzeit 1,7 Millionen Unterschriften äußerst erfolgreich gelaufen. Nun droht jedoch neues Ungemach. Im Zuge des Freihandelsabkommens zwischen Europa und der USA (TTIP) könnte die EU-Kommission, sozusagen

durch die Hintertür, einen weiteren Liberalisierungsvorstoß machen. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fordert deshalb dazu auf, noch mehr Druck über die Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ aufzubauen. Das heißt, weiter Unterschriften sammeln, denn, so Matecki, die Unterschriften werden

benötigt, „damit Wasser von der Liberalisierungsagenda der EU ausgenommen und nicht vom Freihandelsabkommen erfasst wird“. Noch bis zum 9. September kann unterschrieben werden. Die Initiative will möglichst die Zwei-Millionen-Marke erreichen.

| www.wasser-ist-menschenrecht.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

● TELEGRAMM

Eine Pflegereform wird zunehmend dringlicher, mahnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Angehörige und Kommunen müssen immer höhere Lasten für die Pflege tragen, weil die Pflegeleistungen seit Jahren entwertet werden.“ Sie betont: „Durchwurschteln“ geht nach der Bundestagswahl nicht mehr. Pflegebedürftige und Pflegekräfte benötigten eine Reform aus einem Guss.

Steigende Strompreise können nicht allein den erneuerbaren Energien angelastet werden. „Die EEG-Umlage taugt nicht als Preisschild für die Energiewende“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Nach der Wahl müsse der Gesetzgeber schnell einen Gesetzentwurf für die Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) vorlegen. | www.dgb.de/IsMc

Die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone bietet keinen Grund aufzutreten, stellt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fest. Im Vorjahresvergleich sinkt das Wirtschaftswachstum auch im zweiten Quartal um 0,7 Prozent. Die Krise ist nicht überwunden, folgert der DGB, sie muss vielmehr aktiv mit einem europäischen Investitions- und Wachstumsprogramm bekämpft werden.

Kein Teufelswerk

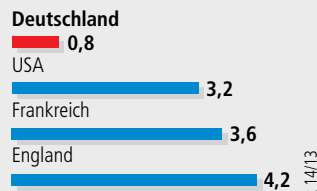
Vor allem mittelständische Unternehmen machen im Wahlkampf mobil gegen die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer, die alle Oppositionsparteien wollen.

Vermögensteuer. Seit 1997 müssen Reiche keine Steuern mehr auf ihr Vermögen zahlen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 1995 nicht die Steuer selbst, sondern die Art ihrer Erhebung – insbesondere die unterschiedliche Behandlung von Immobilien- und Geldbesitz – für verfassungswidrig erklärt. Alle Oppositionsparteien und die Gewerkschaften sprechen sich dafür aus, die Vermögensteuer wieder zu beleben. Damit haben sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich – laut einer infratest/dimap-Umfrage wollen 62 Prozent der BundesbürgerInnen ihre Wiedereinführung. Selbst potenziell Betroffene machen sich in einer „Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe“ dafür stark, dass Steuern auf ihren Besitz wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Doch kaum lagen die Vorschläge von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Linke für eine neue Vermögensteuer auf dem Tisch, rauschte es mächtig im Blätterwald. In *Bild*, *Welt* und *Handelsblatt* schlugen vor allem mittelständische UnternehmerInnen mit Horrorszenarien Alarm. Ihr Vorwurf: Eine Vermögensteuer vernichte Arbeitsplätze und verhindere Investitionen, weil den Unternehmen Kapital entzogen würde. Aus Sicht von DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki lassen sich diese Argumente leicht entkräften. So fordere der DGB etwa in seinem Modell, die Vermögensteuer als eine Sollertragssteuer auszugestalten. „Das bedeutet, dass Unternehmen in wirtschaftlichen

Deutschland schont die Reichen

Vermögensbezogene Steuern* im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten OECD-Ländern (in Prozent)



*umfasst alle Steuern auf Vermögensbesitz und Vermögensverkehr (nach OECD-Definition)
Quelle: OECD, Taxes on Property, Stand: November 2011

© DGB einblick 14/13

Im internationalen Vergleich sind die Steuern auf Vermögen in Deutschland deutlich geringer als in den meisten anderen Industriestaaten..

Für die Gewerkschaften ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben habe dazu geführt, dass Massenkaufkraft und Investitionsfähigkeit des Staates drastisch zurückgegangen sind, so Matecki. „Die Gewinner dieser Entwicklung, insbesondere Reiche und Superreiche, haben mangels Nachfrage die angehäuften Gewinne zunehmend spekulativer investiert, um ihre Renditeziele zu erreichen. Eine Vermögensteuer würde hier entgegenwirken.“ Das Kapital würde zur Finanzierung einer modernen Infrastruktur, guter Bildung und nachhaltiger Energiepolitik herangezogen. „Das schafft eine verlässliche Nachfrage und stabilisiert die Wirtschaft“, betont Matecki. ●

Schwierigkeiten keine finanzielle Mittel entzogen werden“, stellt Matecki klar und betont: „Das Steuerrecht muss für solche Fälle selbstverständlich vorsehen, dass die Steuerzahlungen auf spätere, gewinnträchtigere Jahre verteilt werden können – es braucht also großzügige Stundungsregeln.“ Das Modell der Gewerkschaften sieht eine Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent ab einem Vermögen von einer Million Euro bei Freistellung des selbstgenutzten Wohneigentums vor. Nach vorsichtigen Schätzungen würden den Landeshaushalten, denen die Einnahmen aus dieser Steuer zustehen, pro Jahr 17 Milliarden Euro mehr zufließen.

MEHR ZUM THEMA

UmFAIRteilen am 14. September

Eine Woche vor der Bundestagswahl – am 14. September – will das Bündnis umFAIRteilen von GEW, NGG, ver.di, attac und vielen anderen Organisationen in Berlin und Bochum für eine gerechte Steuerpolitik demonstrieren. Große Vermögen sollen wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden.

Wie in kaum einer anderen Region, so der Demo-Aufruf, zeige sich in Bochum, im Herzen des Ruhrgebietes, wie ungerecht der Reichtum in der Gesellschaft verteilt ist. Auf der einen Seite die



Firmensitze der reichsten deutschen Milliardäre – auf der anderen Seite Städte, die zu arm sind, um wichtige öffentliche Angebote zu sichern.

Und in Berlin wollen die Demonstranten mit kreativen Aktionen den Reichtum symbolisch neu verteilen.

DATEN UND FAKTEN

Das Vermögensgefälle ist in Deutschland größer als in den meisten anderen EU-Staaten. Das geht aus einer Erhebung der Deutschen Bundesbank hervor. Die reichsten zehn Prozent besitzen in Deutschland mit 59,2 Prozent des Nettovermögens weitaus mehr als in den Nachbarländern. Im Euroraum ohne Deutschland sind es 46,5 Prozent.

Rund 71 Milliarden Euro betragen die Mindereinnahmen des Staates in Folge der Steuer- und Sozialreformen seit 1999 pro Jahr. Die Reformen haben die Einkommensungleichheit hierzulande weiter vertieft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo). Nach den

Wifo-Berechnungen sanken die Einnahmen aus Einkommens- und Unternehmenssteuern um 91,7 Milliarden Euro, die Belastung des Verbrauchs stieg dagegen um 40,7 Milliarden Euro.

Am stärksten entlastet wurde das Kapital. Laut der der Wifo-Studie sank die durchschnittliche effektive Belastung von Arbeitseinkommen zwischen 2000 und 2010 um 1,7 Prozentpunkte auf 37,4 Prozent. Der effektive Steuersatz auf Vermögen und Kapitaleinkünfte ging dagegen um 6,3 Prozentpunkte zurück. Der Beitrag der Steuern auf Vermögen zum Staatshaushalt hat sich laut Wifo deutlich verringert, während die Vermögen gleichzeitig gestiegen und ungleicher verteilt sind.

Der Trend zu indirekten Steuern, die Geringverdiener stärker belasten, setzt sich fort. Die Mehrwertsteuer trägt mittlerweile rund ein Drittel zum Gesamtsteueraufkommen bei und ist damit die Einzelsteuer mit dem größten Ertrag. Zusammen mit anderen indirekten Steuern wie der Ökosteuer macht sie sogar mindestens 40 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus. Die direkten Steuern haben dagegen kontinuierlich an Bedeutung verloren. Das Wifo sieht in diesem Trend eine „Schwächung des Leistungsfähigkeitsprinzips“, da indirekte Steuern geringe Einkommen überdurchschnittlich stark belasten. Das Wifo schlägt vor, das Steuersystem wieder stärker zur Umverteilung zu nutzen.

IM NETZ

www.dgb.de/-/s8l
www.umfairteilen.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Zwischen Bühne und Flüchtlingsalltag

Filmstart. Der Film erinnert ein wenig an Ry Cooder und den Buena Vista Social Club – und doch ist er anders. „Can't be silent“, ein Musik- und Dokumentarfilm, zeigt Sänger, Musiker, Rapper, die mit ihrer Musik Tausende zusammenbringen, selbst aber nicht einmal die Grenze zum nächsten Bezirk übertreten dürfen. Nuri (Dagestan), Jacques (Elfenbeinküste), Hosain (Afghanistan), Sam (Gambia) und Revelino (Elfenbeinküste) haben ihr Land verlassen auf der Suche nach einer neuen Heimat. In Deutschland angekommen, lernen sie einen bedrückenden Flüchtlingsalltag kennen.

In ihrem Dokumentarfilm begleitet Julia Oelkers das gemeinsame Bandprojekt



von Heinz Ratz, von seiner Band „Strom & Wasser“ und von Flüchtlingen, die nach erfolgreicher Bühnenshow wieder hinter die Mauern des Flüchtlingslagers zurück müssen. Oelkers dokumentiert ein Bandprojekt, das für die MusikerInnen die einzige Chance ist, dem bedrückenden Alltag für wenige Stunden zu entkommen. Julia Oelkers ist mit dem Film ein beeindruckendes Werk gelungen, das mit dem diesjährigen Filmpreis des DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt ausgezeichnet wurde. „Can't be silent“ läuft seit dem 15. August bundesweit in den Kinos. ●

| www.cant-be-silent.de

| www.niedersachsen.dgb.de/-lwmB

Mehr Respekt

Antirassismus. „Eine Million Schritte für mehr Respekt!“ ist das Motto einer Wanderung am thüringischen Rennsteig, zu der die IG Metall und die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ vom 23. bis 25. August einladen. Gemeinsam mit Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wollen die Initiatoren symbolisch eine Million Schritte in eine respektvollere Zukunft gehen. Im Mittelpunkt von Wanderung und Rahmenprogramm stehen die verschiedenen Facetten eines respektvollen Umgangs im Alltag und in der Arbeitswelt. Rund 150 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet werden erwartet, darunter IG Metall-Vorstand Bertin Eichler und Fußballweltmeisterin Sandra Minnert, Schirmfrau der Initiative „Respekt!“. ●

| www.respekt.tv

DGB für den Frieden

Antikriegstag. Seit 1957 erinnert der DGB alljährlich am Antikriegstag an die Schrecken der beiden Weltkriege. „Nie wieder Krieg“ heißt es seither am 1. September. Im DGB-Aufruf für 2013 steht deutlich: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen, es darf keinen neuen Militarismus geben und keine Rüstungsexporte in Krisenländer. Der DGB erwartet, dass „Gewalt nicht mit Gewalt eingedämmt“ wird. Die Gewerkschaften leisten auch Widerstand gegen „jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. ●

| www.dgb.de/-lsg2

Vom Minijob in die Armutsrente

Sieben Millionen Minijobs gibt es heute. Tendenz steigend. Die DGB-Broschüre „Sackgasse Minijob – Betroffene berichten“ räumt mit Mythen auf, die von den Befürwortern dieser prekären Jobs gerne angeführt werden – von der Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt bis zum Minijob als Wunschbeschäftigung. Zwei Drittel der Frauen in Minijobs würden ihre Arbeitszeit gern aufstocken, finden aber keinen sozialversicherten Job. In der Broschüre berichten MinijobberInnen von ihren zumeist negativen Erfahrungen

mit den Arbeitgebern, von Niedriglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen. Auch die Jobcenter setzen manchen zu, etwa wenn sie mit Sanktionen drohen, wenn Arbeitssuchende einen Job mit sittenwidrigem Lohn nicht annehmen wollen. „Sackgasse Minijob“ belegt aber auch: Es geht anders. Kurz und übersichtlich wird das DGB-Konzept zur notwendigen Reform der Minijobs dargestellt. Die Broschüre kostet 20 Cent plus Versandkosten. Bestellungen:

| www.dgb-bestellservice.de

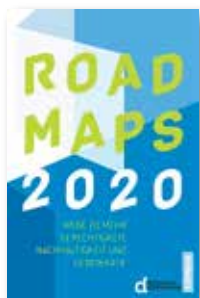
INTERREGIO

Eine neue Ordnung der Arbeit hat Doro Zinke, Bezirksvorsitzende des **DGB Berlin-Brandenburg**, im Vorfeld des **4. Berliner Sozialgipfels** am 21. August gefordert. Die Themen der Konferenz im Gewerkschaftshaus an der Keithstraße: Pflege, Rente, Inklusion, Mindestlohn, Eingrenzung prekärer Arbeit, Mieten und Daseinsvorsorge. Im Berliner Sozialgipfel wirken Gewerkschaften, Sozialverbände und andere Organisationen mit. Ziel des Bündnisses ist es, soziale Risiken der Menschen in Berlin zu thematisieren und die Weiterentwicklung angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle BerlinerInnen mit zu gestalten. www.berlin-brandenburg.dgb.de

Seit Mitte August verhandelt die **IG Metall Küste** mit der Meyer-Werft in Papenburg über einen Tarifvertrag, der soziale Mindeststandards und bessere Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei **Werkverträgen** festschreibt. www.ig-metall-kueste.de

Der **DGB Hamburg** begrüßt, dass Hamburg im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern den **Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst** auch für die BeamtenInnen in voller Höhe übernehmen will. „Der Erste Bürgermeister hat Wort gehalten“, sagt Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund.

BUCHTIPP



Denkwerk Demokratie (Hg.): Roadmaps 2020 – Wege zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie, Campus-Verlag 2013, 273 Seiten, 19,90 Euro

Wie könnte eine lebenswerte Welt im Jahr 2020 aussehen? Welche Politikansätze müssen verfolgt werden, um Arbeits- und Lebenswelt fair und gerecht zu gestalten? Wie vereint man nachhaltig Arbeit, Wirtschaft und Ökologie? Antworten will der 2011 gegründete Verein „Denkwerk Demokratie“

mit dem Buch „Roadmaps 2020“ liefern. Abseits von parteipolitischen Grabenkämpfen skizzieren ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft innovative Wege für einen sozial-ökologischen Kurswechsel. Die Beiträge beleuchten aktuelle politische Herausforderungen wie die Energiewende, die Eurokrise oder die mögliche Funktion der digitalen Technik beim Umbau zu mehr Gerechtigkeit und Demokratie.

Mindestlöhne

Datenbank. Weltweit gibt es in über 100 Ländern einen gesetzlichen Mindestlohn, in den 28 EU-Mitgliedstaaten haben bislang 21 eine gesetzliche Regelung. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat eine Datenbank aufgebaut, die derzeit für 30 Staaten detaillierte Ergebnisse liefert. Darüber hinaus bietet das WSI zusätzliche Informationen über Kaufkraftstandards oder die Entwicklung der nationalen Verbraucherpreise. ●

| www.wsi.de/mindestlohn-datenbank

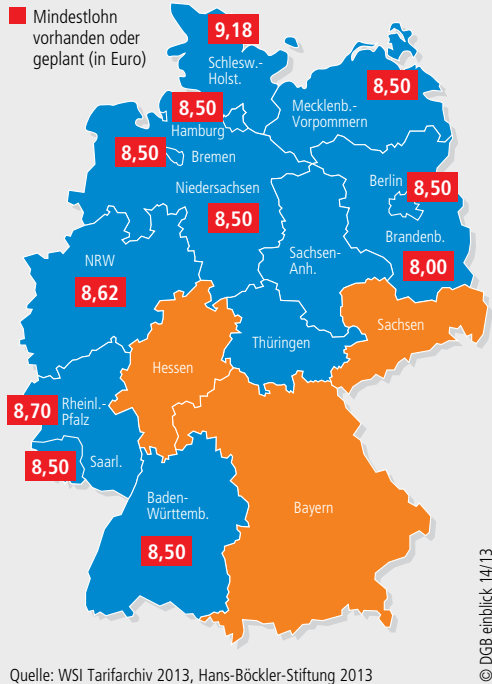
Marktmacht Bundesland

Gute Arbeit und guter Lohn sollten gerade bei der Vergabe öffentlicher Aufträge selbstverständlich sein. Doch noch nicht alle Bundesländer haben entsprechende Gesetze verabschiedet.

Tariftreue. Für bis zu 400 Milliarden Euro jährlich kaufen Bund, Länder und Kommunen ein oder vergeben Aufträge. Vom neuen Feuerwehrhelm über die Büroausstattung bis hin zu Großbauprojekten reicht das Spektrum. Aber nicht alle Landesregierungen nutzen ihre Marktmacht. Über Vergabegesetze können in den Bundesländern Lohndumping verhindert, Tariftreue und ein vergabespezifischer Mindestlohn festgeschrieben werden. Auch Lieferanten können sie verpflichtet, ihre Ware auf die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen zu überprüfen.

Tariftreue-Regelungen in Deutschland

Bundesländer mit gültigen Tariftreue-Regelungen und ohne Tariftreue-Regelungen



Bei den Mindestlöhnen stehen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz noch Änderungen an. Brandenburg will nicht länger Schlusslicht sein und wird den Mindestlohn anheben.

Mittlerweile haben sich die meisten Bundesländer dafür entschieden, ihre Auftragsvergabe an gesetzliche Vorgaben zu binden. Und nicht zuletzt die Gewerkschaften sind es, die vor Ort mit am Tisch sitzen und bei der Ausformulierung der Bedingungen helfen. Für Thorsten Schulten, Experte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, ist klar: „Die Gewerkschaften waren die treibende Kraft in den Ländern.“

Wenn sie eine Chance hatten. In Bayern gab es eine solche Chance nicht. Ludwig Maier, zuständig für Wirtschaftspolitik beim DGB-Bezirk Bayern, spricht von einer „völligen Blockade“. Die CSU-FDP-Regie-

rung verweigert sich nicht nur einem Gesetz, sondern schon den Gesprächen darüber. Selbst im aktuellen Landtagswahlkampf hält der DGB-Bayern einen erneuten Anlauf für eine entsprechende Gesetzgebung für sinnlos. Maier: „Die FDP spricht nicht mit uns.“ Mehr Hoffnung machen sich die Hessen. Ihr neues „Schwarzbuch Vergabe“ wollen sie im laufenden Landtagswahlkampf verstärkt einsetzen. Bislang verweigert sich auch hier die CDU-FDP-Regierung einer Tariftreue-Regelung.

Stefan Körzell, Bezirksvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, fordert einen Mindestlohn im hessischen Vergabegesetz, um dem Lohndumping im Land einen Riegel vorzuschieben. Sein Wirtschaftsexperte Kai Eicker-Wolf bestätigt, dass von der Landesregierung beim Thema Tariftreue-Regelung nur Absagen kommen. Das Ergebnis ist, dass in Hessen Unternehmen Aufträge erhalten, „die ihre Beschäftigten unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen“. Ein weiteres Sorgenkind ist für den WSI-Experten Schulten das Land Sachsen. Auch hier regiert Schwarz-Gelb. Die zuständige DGB-Referentin Heidi Becherer spricht von einer „Luftnummer“, die sich das Land als öffentlicher Auftraggeber leistet. „Mindestlohn, Tariftreue – das spielt alles keine Rolle“, ärgert sich die Gewerkschafterin. Der DGB startete deshalb eine „Aktion Luftnummer“ und eine weitere unter dem Namen „Billig kommt teurer“. Nach der Bundestagswahl wollen die Sachsen noch einmal richtig Gas geben, denn im kommenden Jahr stehen die Landtagswahlen an.

Die Nordländer hingegen haben derzeit die Nase vorn. Allen voran Schleswig-Holstein. Das neue Gesetz – seit dem 1. August 2013 in Kraft – ist derzeit das Vorzeigemodell. Schulten räumt jedoch ein, dass die noch recht junge rot-grüne Landesregierung (mit Beteiligung der SSW) auch schon auf gute Vorbilder zurückgreifen konnte. Mit seinem vergabespezifischen Mindestlohn von 9,18 Euro liegt das Land an der Spitze. Für Olaf Schwede vom DGB-Bezirk Nord ist es ein „Vorzeigegesetz“. Aber auch andere Länder wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen haben ebenfalls gute Vorlagen geliefert.

Ein Problem aller Gesetze ist jedoch die Kontrolle. Hamburg und Schleswig-Holstein haben hierzu einem engen Austausch vereinbart. Inwieweit die geplanten Kontrollmechanismen greifen, ist noch offen. Beim WSI läuft derzeit ein Forschungsprojekt, bei dem die Umsetzung der Kontrolle im Mittelpunkt steht. Unterschiede gibt es auch bei den Auftragssummen, ab denen die Gesetze greifen, und nicht alle Länder haben geregelt, dass beispielsweise beim Einkauf von Arbeitskleidung sicher gestellt sein muss, dass bei der Herstellung anständig bezahlt und keine Kinderarbeit zugelassen wurde. ●

MEHR ZUM THEMA

Die Details entscheiden

Ein gutes Vergabegesetz bietet mehr als Tariftreue-Regelungen. Entscheidend ist unter anderem, ab welcher Auftragshöhe die Vorgaben greifen. In Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Vorgaben. In den anderen Ländern bewegt sich das Mindestauftragsvolumen zwischen 10 000 und 25 000 Euro bis zu 50 000 bei Bauaufträgen.

Unterschiede gibt es ebenfalls, ob Ausbildungsbetriebe bevorzugt werden oder die ILO-Kernarbeitsnormen im Gesetz stehen. Bei einigen gibt es Equal-Pay-Regelungen für LeiharbeiterInnen oder Frauenförderung, und die Beschäftigung Behinderter wird mitbewertet.

Die Unterschiede hat das WSI in einer Analyse zusammengestellt.

Im Schwarzbuch des DGB Hessen-Thüringen werden die Nachteile eines nicht durchdachten Vergabegesetzes ausführlich geschildert. Interviews geben einen Einblick in die Konsequenzen, die fehlende tarifliche Standards mit sich bringen.

Mit den ILO-Kernarbeitsnormen setzt sich vor allem eine Synopse der „Arbeitsgemeinschaft der eine welt landesnetzwerke“ (agl) in Zusammenarbeit mit der „Christlichen Initiative Romero“ (CIR) auseinander.

IM NETZ

www.tariftreue.de
www.hessen-thüringen.dgb.de/-sM6
www.dgb.de/-3eC
www.agl-einewelt.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

— ● KURZ & BÜNDIG —

ver di Mit einer Unterschriftenaktion wollen ver.di und MitarbeitervertreterInnen der Diakonie den Druck auf die Evangelische Kirche in Deutschland erhöhen, demokratische Grundrechte anzuerkennen. ver.di fordert unter anderem reguläre Tarifverhandlungen sowie Streik- und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen.

NGG Die NGG will mit dem Projekt „Gute Arbeit! Chancengleichheit, Beschäftigungssicherung und Aufstiegsförderung von (und für) Frauen im Gastgewerbe“ für mehr Chancengleichheit im Gastgewerbe sorgen. Gemeinsam mit Arbeitgebern, Betriebsräten und Beschäftigten sollen Perspektiven für Frauen entwickelt und umgesetzt werden.

GEW Die GEW hat Bund und Länder aufgefordert, die Grundfinanzierung der Hochschulen auszubauen. „Immer mehr Studienberechtigte strömen an die Hochschulen, immer komplexer werden die Zukunftsaufgaben, die in der Forschung zu bewältigen sind“, so GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. Nötig sei eine nachhaltige Finanzierung guter Forschung und Lehre in der Fläche.

Mit dem gemeinsamen Pilotprojekt „Berufstart Bau“ von IG BAU und Bauwirtschaft sollen junge Menschen auf eine Ausbildung in der Baubranche vorbereitet werden. Bis zu drei Millionen Euro stehen als Finanzierung zur Verfügung. Geplant ist zunächst eine Laufzeit von zwölf Monaten.

DGB Handwerksinnungen, die Mitgliedschaften ohne Tarifbindung, so genannte OT-Mitgliedschaften, anbieten, handeln rechtswidrig. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung. Qua Gesetz haben die öffentlich-rechtlichen Handwerksinnungen eine Sonderstellung – sie sind tariffähig, weil der Gesetzgeber damit Tarifverträge im durch kleine und mittelständische Betriebe geprägten Handwerk fördern will. „Eine Rückkehr zu Tarifverträgen mit fairen, verbindlichen Regeln würde den Wettbewerb über niedrige Preise und Dumpinglöhne beenden“, so DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DGB-Bezirke für Politikwechsel

Landtagswahlen. Neben dem Bundestag werden im September auch die Landtage in Bayern und Hessen gewählt. Die DGB-Bezirke begleiten den Wahlkampf mit vielen Aktionen und Veranstaltungen. So hat der DGB Bayern die BewerberInnen um die Landtagsmandate zu einem Online-Kandidatencheck aufgerufen. Die Mehrheit von ihnen hat die zwölf Fragen zu den Themen Gute Arbeit, Gutes Leben und Gute Bildung bereits beantwortet. Die BürgerInnen können nun per Wahl-O-Mat eigene Positionen mit denen der KandidatInnen vergleichen.

Mit einer „Verfassungsschutz-Kampagne“ greift der DGB Bayern einzelne Paragraphen der bayerischen Landesverfassung auf, um gewerkschaftliche Forderungen zu verdeutlichen. So fordert der DGB unter dem Motto „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit“ die Einführung einer Vermögensteuer. Der DGB-Bezirksvorsitzende Matthias Jena erklärt: „Verfassungsschutz bedeutet nicht Bürger ausspähen, sondern die Lebensbedingungen der Bürger zu verbessern.“

Der DGB Hessen-Thüringen hat im März seine Forderungen an die künftige Landesregierung veröffentlicht. So fordert er unter anderem eine zukunfts-fähige Dienstleistungspolitik, ein Vergabegesetz mit

verbindlichem Mindestlohn sowie eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Zum 1. Mai ist der Sammelband „Hessen vorn?“ erschienen, der die Politik der aktuellen Landesregierung detailliert analysiert. Am 7. September will der DGB Hessen mit einem „Fest für einen Politikwechsel“ in Frankfurt / Main für seine Forderungen werben. Am gleichen Tag planen DGB und Gewerkschaften an verschiedenen Orten in Deutschland Aktionen zu Bundes- und Landtagswahlen. Mehr dazu gibt es im nächsten einblick. ●

www.bayern.dgb.del-/5JC | www.hessen-thueringen.dgb.del-/5Ai



Plakatmotiv des DGB Bayern zur „Verfassungsschutz-Kampagne“

— ● NACHGEFRAGT —

Steffen Holz, Regionssekretär des DGB Niedersachsen-Mitte, über das Bürgerbündnis „Bad Nenndorf bleibt bunt“, das in der ersten Augustwoche einen Neonaziaufmarsch am Bad Nenndorfer Wincklerbad verhinderte.



Foto: DGB

Der DGB hat das Bündnis aus Privatleuten, demokratischen Parteien, maßgeblichen örtlichen Vereinen wie dem Sportverein VfL mit 1800 Mitgliedern, der jüdischen Gemeinde und den Kirchen 2006 mit initiiert. Dabei geht es darum, dass die Neonazis aus dem Wincklerbad eine Pilgerstätte machen wollen und alljährlich dort aufmarschieren. Der britische Geheimdienst hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ein

Verhörgefängnis im Wincklerbad eingerichtet. Dort kam es zu schweren Misshandlungen, bis die britische Regierung das Lager nach eigenen Untersuchungen schloss.

Im Vorfeld der Aktionen in diesem Jahr hatten wir es vor allem mit juristischen Problemen zu tun: Wir mussten den Verlauf unserer Demonstration vor Gericht erstreiten. Bis auf die letzten 60 Meter waren wir erfolgreich, sodass die Nazis durch andere, kleinere Straßen ziehen mussten. Das Gericht hatte ihnen lediglich den Platz direkt vor dem Wincklerbad zugestanden, weshalb wir unsere Veranstaltung Punkt 14 Uhr beenden mussten. Dort sind die Neonazis nie angekommen, weil sich hunderte von Bürgern nach dem Ende unserer Veranstaltung spontan dort niederließen. Für uns war der Tag ein Etappensieg. Die Zahl der Nazis ist von einst 1000 auf unter 300 geschrumpft. Und nur rund 150 sind in der Nähe ihres Ziels angekommen. Als DGB sind wir auch im nächsten Jahr wieder dabei und bereiten das jetzt schon juristisch vor, indem wir das Recht auf unsere ursprünglich angemeldete Demonstrations-Route beim Verwaltungsgericht einklagen. ●

Nicht dauerhaft

Leiharbeit. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat klargestellt, dass Leiharbeit nur vorübergehend und nicht dauerhaft in einem Betrieb eingesetzt werden darf. „Dieses Urteil ist ein Paukenschlag. Jetzt steht auch juristisch fest: Wer Stammbelagschaft durch günstigere Leiharbeiter ersetzen will, handelt unrechtmäßig“, erklärt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Ein Unternehmen hatte gegen die Ablehnung des Betriebsrats geklagt, eine Leiharbeitnehmerin ohne zeitliche Begrenzung anstelle einer Stammkraft einzusetzen. In den ersten beiden Instanzen bekam das Unternehmen Recht. Die Erfurter Richter hingegen beriefen sich auf das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das den Einsatz von Leiharbeitskräften nur vorübergehend zulässt. Wetzel fordert die Arbeitgeber auf, das Urteil umzusetzen. „Wir weden mit Argusaugen darauf achten, Umgehungsstrategien mittels Werkverträgen aufzudecken und zu verhindern.“ ●

Deutschland – ein Wundermärchen

Hat die Wirtschaft hierzulande tatsächlich die Leistungsfähigkeit, die ihr zugeschrieben wird, oder ist diese nicht eher nur eine Mär? Bei genauerer Betrachtung verliert das deutsche „Wirtschaftswunder“ an Glanz, stellt Wirtschaftsexperte Michael Dauderstädt fest. So stehen die gesamte EU und die USA langfristig besser da.

Wirtschaftswachstum. Politik und Medien überschlagen sich mit Lobeshymnen auf die deutsche Wirtschaft, seitdem diese sich 2010 und 2011 rasch von dem tiefen Konjunkturreinbruch nach der Finanzmarktkrise 2009 erholt hat. Deutschland gilt als die Wirtschaftslokomotive Europas mit geringer Arbeitslosigkeit, gesunden Staatsfinanzen und robustem Wachstum. Als eines weniger Länder der Eurozone blieb es von der Staatsschuldenpanik und den hektischen Sparprogrammen samt ihren katastrophalen Folgen verschont. Dieses Image kontrastiert scharf mit dem Deutschlandbild, das vor gut zehn Jahren Politik und Medien beherrschte, als das Land als der kranke Mann Europas galt. Aber hat sich tatsächlich Deutschlands Wirtschaft so dramatisch erholt oder hat sich durch die Krise nur die Messlatte, also die Lage in vielen anderen OECD-Staaten, gesenkt?

Die Stimmung ist besser als die Lage: Vergleicht man die aktuelle wirtschaftliche Lage mit der vor zehn Jahren, so fallen zwei deutliche Verbesserungen auf: Die Arbeitslosenquote ist gegenwärtig niedriger (etwa sieben Prozent gegenüber rund zehn Prozent vor zehn Jahren), und der Staatshaushalt ist nahezu ausgeglichen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um etwa 1,4 Millionen gesunken, die der Beschäftigten um rund 2,5 Millionen gewachsen. Beim Wirtschaftswachstum fällt die Verbesserung deutlich schwächer aus. Zwar gab es in den Jahren 2002/03 kein Wachstum, aber 2012 und 2013 dürfte es auch unter einem Prozent liegen. Die hohen

„Beim Wirtschaftswachstum fällt die Verbesserung deutlich schwächer aus.“

Raten 2010-2011 gleichen nur den besonders tiefen Einbruch von 2009 aus. Jenseits aller konjunkturellen Schwankungen und trotz aller Exporterfolge wächst die deutsche Wirtschaft im langjährigen Durchschnitt (1997-2012) langsamer als in der EU insgesamt und erst recht in den USA. In anderen Bereichen hat sich das Bild noch weniger verbessert oder sogar verschlechtert. Die Preisstabilität ist weitgehend unverändert, wenn man von den Vermögenspreisen (Immobilien, Aktien) absieht. Investitionen und Exportwachstum schwächeln. Die Einkommensverteilung ist in den letzten fünfzehn Jahren deutlich ungleicher geworden. Der Niedriglohnsektor hat sich stark ausgedehnt.

Während in fast allen Ländern die Arbeitslosigkeit im Zuge der großen Rezession zunahm, blieb sie in Deutschland dank Kurzarbeit und Abbau von Zeitkonten nahezu stabil und ging im Aufschwung bald weiter zurück. Aber das Volumen der in Deutschland insgesamt geleisteten Arbeitsstunden hatte 2012 ge-

rade mal ungefähr das Niveau, das in etwa 1994 oder 2000 schon mal erreicht war. Der Beschäftigungszuwachs lässt sich im Kern darauf zurückführen, dass Vollzeitarbeitsplätze in Arbeitsplätze mit einem geringeren Stundenvolumen (oftmals prekäre geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) zerlegt wurden. Dahinter verbirgt sich ein langfristiger Trend zu immer weniger geleisteten Arbeitsstunden pro Person. Die schwache Entwicklung des Arbeitsinputs ist eine Hauptursache des wenig berauschenden Wachstums. Die zweite Hauptursache ist das – auch im internationalen Vergleich – ebenfalls geringe und abnehmende Wachstum der Arbeitsproduktivität.

„In Deutschland sparen nicht nur die vermögenden Haushalte, sondern auch in zunehmendem Maße die Unternehmen.“

Angesichts hoher Staatsverschuldung und hartnäckigen Defiziten in vielen OECD-Ländern erscheint der deutsche Haushalt ein Wunder an Stabilität. Das positive BIP-Wachstum und die sinkende Neuverschuldung haben die in der Krise stark gestiegene Schuldenquote ab 2011 leicht sinken lassen. Allerdings kann von Sparen weder im Sinne von Ausgabenkürzungen (was populär fälschlich als „Sparen“ bezeichnet wird) noch gar im Sinne eines nominellen Schuldenabbaus die Rede sein.

Das ist volkswirtschaftlich betrachtet auch gut so. Denn wenn der Staat wirklich sparen würde, fiel das Wachstum noch schwächer aus. In Deutschland sparen nicht nur die vermögenden Haushalte, sondern auch in zunehmendem Maße die Unternehmen. Von letzteren sollte man eigentlich erwarten, dass sie Ersparnisse absorbieren, um damit Investitionen zu finanzieren. Aber weder Unternehmen noch Staat nutzen die Spielräume, um in Bildung, Innovation oder Infrastruktur zu investieren, womit sie auch für das nachlassende Produktivitätswachstum verantwortlich sind. Damit bleibt den deutschen Ersparnissen unterm Strich nur das Ausland als Anlagesphäre.

Diesem inländischen Konsum- und Investitionsdefizit entspricht auch der Exportüberschuss, der der realwirtschaftliche Ausdruck des Kapalexports ist. Dabei ist der scheinbare Wohlstand, der in Form von Auslandsforderungen angehäuft wird, leicht vergänglich. Wie eine Studie zeigt, ging etwa ein Fünftel des so angesparten deutschen Auslandsvermögens in der Krise verloren. Statt in den deutschen Kapitalstock zu investieren oder durch anständige Löhne mehr Konsum zu ermöglichen, haben die reicheren Sparer den Gegenwert der Mehrproduktion und damit wichtige Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten verspielt. ●



Foto: FES

Michael Dauderstädt, 65, ist seit 2006 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Der Ökonom wechselte 1980 von der Stiftung für internationale Entwicklung zur FES und arbeitete mehrere Jahre für internationale Bereiche der Stiftung.

● MEHR ZUM THEMA

Höhere Einkommen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) empfiehlt Deutschland in seinem aktuellen Länderbericht eine Erhöhung der Reallöhne. Auch die internationalen Währungshüter warnen vor einer zu geringen Binnennachfrage und einem zu rigiden Sparkurs der Bundesregierung.

Der DGB sieht sich bestätigt: Fordert er doch schon seit Jahren höhere Reallöhne und Änderungen am Sparkurs der Bundesregierung.

Bereits 2010 warnte der DGB, dass Deutschlands Wirtschaftskraft überwiegend auf dem Exportübergewicht beruht. Es seien nicht nur höhere Löhne und ein gesetzlicher Mindestlohn, sondern auch mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur notwendig.

● IM NETZ

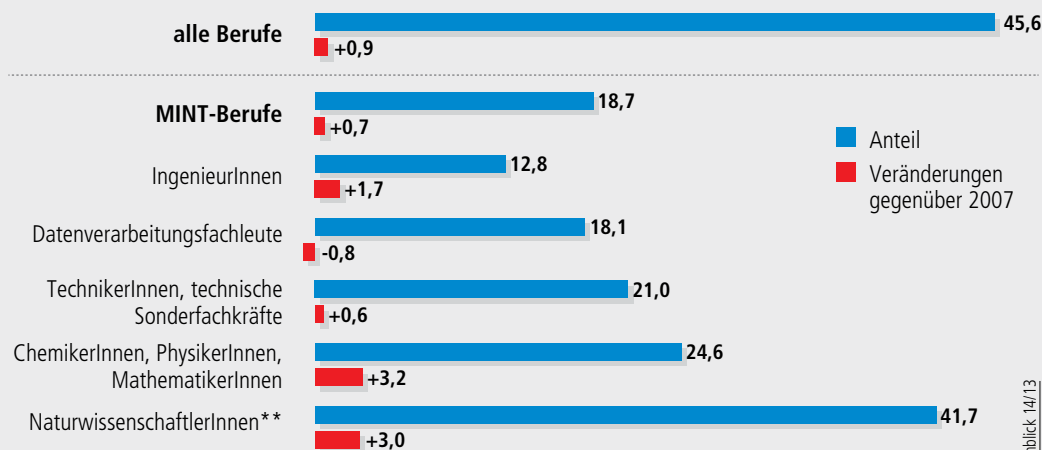
www.dgb.de/-/s8C
www.bit.ly/FESWiSo
www.bit.ly/IWFbericht

● DIE DGB-GRAFIK

Der Anteil von Frauen in den MINT-Berufen – also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik – ist weiterhin deutlich geringer als im Durchschnitt aller Berufe. So zeigt eine DGB-Analyse, dass der Frauenanteil beispielsweise bei den IngenieurInnen nur 12,8 Prozent beträgt. Auch im Bereich der Datenverarbeitung ist der Anteil mit 18,1 Prozent gering. Um mehr Frauen in MINT-Berufe zu bringen, fordert der DGB, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der gesamten Arbeitswelt weiter zu verbessern, sowie eine „tiefgehende Änderung der Unternehmenskultur“.

MINT-Berufe: Weiterhin nur wenig Frauen

Anteil von Frauen in ausgewählten Berufen* und Veränderungen gegenüber 2007 (in Prozent)



* Stand: 30. Juni 2011, ** alle weiteren NaturwissenschaftlerInnen außer ChemikerInnen, PhysikerInnen
Quelle: DGB-Berechnungen/Bundesagentur für Arbeit 2013

© DGB einblick 14/13

● TERMINE

- 20.8. DGB Hessen-Thüringen und Landeswohlfahrtsverband Hessen, Tagung „aktiv 2 - gemeinsam Handeln im Betrieb“, Frankfurt am Main
- 21.8. DGB-Region SüdOstNiedersachsen, DGB-Wahlforum zur Landratswahl, Wolfenbüttel
- 23.-25.8. IG Metall-Jugend Küste, Aktiven-Camp 2013, Kiel-Falckenstein
- 23.-25.8. IG Metall, Aktion „Eine Million Schritte für mehr Respekt!“, Thüringen am Rennsteig
- 26.8.-1.9. DGB-Jugend & ver.di-Jugend, Schwules Sommercamp 2013, Bodensee
- 27.8.-1.9. Dortmunder DGB-Gewerkschaften und Koordinierungsstelle für Vielfalt, „Toleranz und Demokratie – Dortmunder Friedensfestival 2013“, Dortmund

● PERSONALIEN

Harm-Berend Wiegmann, 30, ist seit 1. August neuer politischer Referent beim DGB-Bundesvorstand. Er ist in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik zuständig für europäische Energiepolitik und Energieeffizienz.

Als Mitglieder für die Atommüll-Endlagerkommission sind für den DGB ver.di-Vorstand **Erhard Ott**, 60, sowie IG BCE-Vorstand **Edeltraud Glänzer**, 57, benannt worden. Stellvertreter soll das für Energiepolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied **Dietmar Hexel**, 63, sein.

● BUCHTIPP



Kai Eicker-Wolf, Gunter Quaißer, Ulrich Thöne (Hg.): Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit – Grundlagen für eine sachgerechte Bildungs- und Finanzpolitik, metropolis-Verlag, 221 Seiten, 24,80 Euro

Deutschland belegt im internationalen Vergleich bei der Höhe der Bildungsausgaben nur einen hinteren Platz. Außerdem gilt weiterhin: Junge Menschen aus armen Familien sind eher die Ausnahme an deutschen Hochschulen. Die Politik lässt trotzdem kaum Initiative erkennen, daran etwas zu ändern. In dem Buch „Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit“ befassen sich ExpertInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaften mit der Finanzierung von Bildung. Sie analysieren die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte, zentrale Fragen der Bildungsfinanzierung und den Einfluss von Einkommen und Vermögen auf Bildungschancen.

- 27.8. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Zukunft des Öffentlichen Dienstes – Demografischer Wandel“, Hannover
- 27.8. DGB Berlin-Brandenburg, DGB Sachsen, Lausitzkonferenz „Gute Arbeit erfordert Mitbestimmung – Mitarbeiterorientierte Personalpolitik ein Schlüssel für die Zukunft der Lausitz!“, Cottbus
- 30.8. DGB, Podiumsdiskussion „Sichere Rente – Für uns alle“, Berlin
- 1.9. Antikriegstag

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout und Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 Beilagenhinweis: Der Gesamtauflage des einblick liegt das „Wahl-Info“ des DGB als Beilage bei.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● SCHLUSSPUNKT

„Wenn ihr Las Vegas spielen wollt, dann macht das mit eurem eigenen Geld.“

Martin Hellwig, Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, begründet im „Spiegel“ vom 5. August, warum Banken ein Eigenkapital von 20 bis 30 Prozent benötigen.